57. Jahrgang. № 49.

Mittwoch, 19. Februar 1913.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Preise: Monatlich 1,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 1,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 1,50 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 50 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M. Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — Zu Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Mehrmalige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Gegründet 1862. J. A. Bruno König — Brautmöbel — Dresden-A., Lommatzscher Strasse 27 :: :: Dresden-A., Amalienplatz und Klingestrasse. — Illustr. Katalog bitte verlangen.

Die zu einer gründlichen Wurmkur notwendigen Medicinalrat Dr. Küchenmeisters Wurmpräparate gegen Spul- und Madenwürmer und sonstige Darmschmarotzer werden nach wie vor allein hergestellt und versandt durch die Salomonis-Apotheke, Neumarkt 8. Gegr. 1580.

Hochelegante Neuheiten feiner, solider Lederwaren — Luxuriöse u. praktische Artikel in jeder Preislage — empfiehlt in reichhaltiger Auswahl Oskar Zscheile, Prager Str. 13 Ecke Ferdinandstr. — Hoflieferant Ihrer Königl. Hoh. d. Prinz Friedrich Johann Georg R. a. D.

KBC — Kretzschmar, Bösenberg & Co. Kronleuchterfabrik. Königl. Sächs. Hoflieferanten. DRESDEN-A. Serrestr. 5 u. 7.

Laferme-Jubiläum-Kenner-Vielliebchen-Cigaretten.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Auffrischende Winde, sonst keine Aenderung.

Der Bund der Landwirte hält seine Landesversammlung für das Königreich Sachsen am 27. Februar im Zirkus Sarrasani in Dresden ab.

Die Große Landwirtschaftswoche in Berlin nahm gestern ihren Fortgang; im Herrenhause fand die erste Landfrauenversammlung statt.

Der Reichstag erledigte am Dienstag einige kurze Anfragen, eine kleinere Vorlage, sowie Wahlbeanstandungen, und fuhr dann in der Beratung des Postetats fort.

Staatssekretär v. Tirpitz äußerte sich in der Budgetkommission des Reichstages über den deutschen und englischen Flottenbau.

Eine Novelle zur Gewerbeordnung ist jetzt dem Bundesrate zugegangen.

Ein holländisches Torpedoboot brachte die deutsche Jacht „Porthos" wegen Spionageverdachtes nach Ymuiden.

Der ungarische Abgeordnete Desy wurde wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Lukacz zu einem Monat Gefängnis und 400 Kronen Geldstrafe verurteilt.

Der französische Ministerpräsident Briand erklärte, daß die neue Militärvorlage in Höhe von 500 Millionen Franks der Kammer noch vor Ostern zugehen werde.

Die Nachricht von der Landung griechischer Truppen in der Beschiko-Bai wird von amtlicher türkischer Stelle dementiert.

Die Reichstags-Ersatzwahlen seit den Neuwahlen des Vorjahres.

Seit den Reichstagsneuwahlen im Januar des verflossenen Jahres haben bereits dreizehn Ersatzwahlen stattgefunden und vier stehen noch in Aussicht. Die dreizehn vollzogenen Ersatzwahlen betrafen folgende Wahlkreise: 1. Siegkreis-Waldbroel. 2. Münster-Coesfeld. 3. Saarburg-Merzig-Saarlouis. 4. Schlettstadt. 5. Hagenow-Grevesmühlen. 6. Greifenberg-Kammin. 7. Barel-Jever. 8. Berlin I. 9. Pleß-Rybnik. 10. Pfarrkirchen. 11. Reuß ä. L. 12. Stolp-Lauenburg. 13. Schwerin. Von den genannten Wahlkreisen fielen bei den Januar-Neuwahlen die ersten vier dem Zentrum zu, die beiden folgenden den Konservativen, der siebente und achte dem Fortschritt, der neunte den Polen, der zehnte dem Bayrischen Bauernbunde, der elfte der Sozialdemokratie, der zwölfte den Konservativen, der dreizehnte den gegenüber den Polen vereinigten Deutschnationalen. Die Ersatzwahlen haben an diesem Bilde nur an einer einzigen Stelle eine Veränderung herbeigeführt, indem Hagenow-Grevesmühlen aus konservativem in fortschrittlichen Besitz übergegangen ist; sonst ist alles beim alten geblieben, soweit der parteipolitische Besitzstand in Frage kommt. Mancherlei Veränderungen weist dagegen das Stimmenverhältnis auf, das im Gesamtresultat für fast alle Parteien einen Rückgang erkennen läßt, am stärksten bei den Nationalliberalen, dem Zentrum und der Sozialdemokratie, und zwar beträgt er hier der Reihe nach 10 000, 17 000 und 11 000 Stimmen. Der erhebliche nationalliberale Verlust ist darauf zurückzuführen, daß die Nationalliberalen bei den Ersatzwahlen nur in drei Kreisen, gegen fünf bei den allgemeinen Wahlen, eigene Kandidaten aufgestellt hatten und daher in den übrigen beiden ihre Stimmen nicht gesondert in die Erscheinung traten. Der Stimmenrückgang, den die Sozialdemokratie erfahren hat, ist dadurch besonders bemerkenswert, daß er sich in allen Wahlkreisen gleichmäßig gezeigt hat; eine Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmenzahl ist nirgends eingetreten. Selbst wenn man den Anteil, den an diesem für die Sozialdemokratie ungünstigen Ergebnis die „Dämpfung" des Wahlkampfes auf Grund des bekannten Abkommens mit dem Fortschritt hat, in Abzug bringt, bleibt doch immer noch ein genügend starker Rest zurück, der den auch durch anderweitige Erfahrungen bestätigten Schluß gestattet, daß im Lager der Umsturzpartei vielfach eine gewisse Agitations- und Wahlmüdigkeit eingetreten ist. Diesen Fingerzeig, den die Ersatzwahlen geben, sollten sich die staatserhaltenden Parteien zunutze machen, um durch eine energische Agitations- und Organisationsarbeit die Gunst der Lage auszunutzen und vor allem die der ewigen sozialrevolutionären Verhetzung überdrüssigen Mitläufer der Sozialdemokratie dauernd für die ordnungsparteiliche Sache zurückzugewinnen.

Die noch in Aussicht stehenden Ersatzwahlen beziehen sich auf die vier Wahlkreise Bamberg, wo das Mandat durch den Tod des Zentrumsabgeordneten Dr. Schädler frei geworden ist, Offenbach-Kehl, wo der nationalliberale Abgeordnete Kölsch infolge der vom Plenum des Reichstags beschlossenen Ungültigkeitserklärung seiner Wahl sich aufs neue mit seinem ultramontanen Gegner zu messen haben wird, Alzey-Bingen, sowie Jericho I und II. Mit Bezug auf die beiden letztgenannten Mandate hat das Plenum allerdings noch nicht gesprochen, aber es liegt der Antrag der Kommission auf Ungültigkeitserklärung vor, und zwar auf Grund von Umständen, die kaum einen Zweifel darüber lassen, daß das Plenum dem Antrage stattgeben wird. Sowohl in Jericho wie in Alzey-Bingen liegen die parteipolitischen Verhältnisse so eigenartig, daß sich eine eingehendere Betrachtung rechtfertigt.

Der bisherige Vertreter des Wahlkreises Alzey-Bingen ist der Abgeordnete Becker, der mit dem bekannten Freiherrn v. Heyl und dem Abgeordneten Oriola zusammen die sogenannte „Wormser Ecke" des Nationalliberalismus bildete, die mit aller Entschiedenheit für die strenge Aufrechterhaltung der alten Traditionen Bennigsens und für ein loyales Zusammenwirken mit der Rechten eintrat. Inzwischen ist allerdings der linksliberale Widerstand gegen die „Wormser Ecke" so erfolgreich gewesen, daß die genannte Gruppe trotz ihres mit aller Energie von ihr in Anspruch genommenen gut nationalliberalen Standpunktes von seiten der nationalliberalen Reichstagsfraktion die offizielle Acht über sich hat ergehen lassen müssen. Ebenso wie Freiherr v. Heyl seinerzeit aus der Fraktion ausscheiden mußte, ist dem Abgeordneten Becker der Eintritt in die Fraktion mit der Begründung verweigert worden, daß er seinen grundsätzlichen Anschauungen nach „zu weit rechts stände". Dr. Becker hatte bei den allgemeinen Wahlen im Vorjahre im ersten Wahlgange 10 848 Stimmen erhalten, sein fortschrittlicher Gegenkandidat Pfarrer Korell 9872 und der Sozialdemokrat Adelung 2815 Stimmen. In der Stichwahl verursachte die Ermittlung des Ergebnisses erhebliche Schwierigkeiten, und die amtliche Feststellung ergab den Sieg des Abgeordneten Becker mit rund 2 Stimmen, 12 012 gegen 12 010, die auf den Fortschrittler gefallen waren. Ueber den Ausgang der Ersatzwahl lassen sich gar keine Mutmaßungen anstellen. Vor allem bleibt abzuwarten, wie sich das Zentrum, das 1909 das Mandat errang, diesmal verhält, ob es wiederum für den Nationalliberalen eintritt oder einen eigenen Kandidaten auf den Schild erhebt. Weiter wird die Lage dadurch verwickelt, daß der hessische Fortschritt wegen seiner von der freihändlerischen linksliberalen Parteischablone stark abweichenden wirtschaftlichen Haltung, die dem Schutzzoll zuneigt, auch in landwirtschaftlichen Kreisen nicht unbeträchtlichen Anhang besitzt. Nach alledem wird die Entscheidung höchstwahrscheinlich wieder durch sehr wenige Stimmen herbeigeführt werden.

In Jerichow I und II besteht begründete Aussicht, der Sozialdemokratie eines ihrer Mandate, das sie im Vorjahre zum ersten Male in Besitz nahm, wieder zu entreißen, falls die Fortschrittler ihre nationale und staatserhaltende Pflicht tun. Die sozialdemokratischen Stimmen in dem Wahlkreise sind zwar seit 1890 fortgesetzt gestiegen, aber doch nicht in solchem Maße, daß für die Umsturzpartei an ein Erringen des Mandats aus eigener Kraft zu denken wäre. Bei der Hauptwahl im Vorjahre erhielten der Sozialdemokrat Haupt 11 902, der Konservative v. Byern 9870, der Fortschrittler Merten 8291 Stimmen. Der konservative Kandidat wäre also in der Stichwahl sicher aus der Urne hervorgegangen, wenn die fortschrittlichen Wähler Mann für Mann für ihn eingetreten wären. Sie folgten aber nicht geschlossen der nationalen und staatserhaltenden Parole, sondern zersplitterten sich, so daß ungefähr die Hälfte zur Sozialdemokratie abschwenkte. Dadurch wurde es möglich, daß der sozialdemokratische Kandidat mit sieben Stimmen Mehrheit durchs Ziel ging; er erhielt 15 268 gegen 15 256 Stimmen. Die Fortschrittler haben also jetzt die beste Gelegenheit, die Niederlage, die sie damals der ordnungsparteilichen Sache zugefügt haben, wieder gut zu machen, indem sie ohne jedes Zagen und Zaudern, ohne alles Schwanken und Wanken bei der auch diesmal zu gewärtigenden Stichwahl dem bürgerlichen Kandidaten ihre Stimme geben und einen abermaligen Sieg der Sozialdemokratie verhindern. Die nationalen Erinnerungen, die sich für den Wahlkreis Jerichow mit dem Namen Bismarck verknüpfen — 1867 vertrat den Kreis der damalige Graf Bismarck, der spätere Altreichskanzler, und 1898—1904 Fürst Herbert Bismarck — machen es für alle vaterländisch empfindenden Wähler ohne Unterschied der engeren Parteirichtung zu einer besonderen patriotischen Ehrenpflicht, die rote Fahne dort wieder herunterzuholen.

Die Lage auf dem Balkan.

Eine bisher noch unbestätigte Meldung aus Konstantinopel besagt: In Kreisen des Marineministeriums liefen Gerüchte um, daß die Bulgaren nach hartnäckigem Kampfe die Forts Viktoria und Napoleon genommen hätten. — Das wären die beiden wichtigsten Festungswerke von Bulair auf Gallipoli. Bestätigt sich diese Nachricht, so ist nicht anzunehmen, daß die dazwischen oder in ihrer Nähe befindlichen türkischen Verteidigungsstellen noch lange Zeit gehalten werden können. Auch diese würden dann in nächster Zeit fallen müssen. Somit stände den Bulgaren der Vormarsch auf Gallipoli und die dortigen Küstenbefestigungen offen, da diese nach der Landseite so gut wie gar nicht verteidigt sind; ihre Eroberung würde verhältnismäßig wenig Zeit und Opfer in Anspruch nehmen. Zunächst muß jedenfalls noch eine Bestätigung jener Konstantinopeler Nachricht abgewartet werden, zumal in einer späteren Konstantinopeler Meldung gesagt wird, in der militärischen Lage vor Bulair sei keine Aenderung eingetreten. Weiter heißt es in einem amtlichen türkischen Kriegsbericht, daß die Bulgaren Adrianopel mit großen Zwischenräumen am Montag bombardiert hätten. Die Verstärkungen der Stellungen bei Tschataldscha dauern an. Ferner wird aus Konstantinopel berichtet, daß das Gerücht, die Griechen hätten in der Beschiko-Bai 10 000 Mann gelandet, auf Erfindung beruht.

Aus amtlicher montenegrinischer Quelle wird gemeldet:

Die Beschießung von Skutari

dauert fort. Die türkischen Truppen machen keinen Versuch, die Montenegriner in den von ihnen eingenommenen Stellungen anzugreifen, und placieren infolge Geschützmangels alte Kanonen in ihren Stellungen, die jedoch gegen unsere Positionen wirkungslos sind, da sie nicht weit genug tragen.

Zum rumänisch-bulgarischen Konflikt.

Der Ministerrat war in Sofia am Montag von 5 bis 9 Uhr versammelt. Nach Schluß der Sitzung erklärte man, daß die aus Bukarest eingetroffenen Nachrichten auf eine Entspannung der Lage schließen lassen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Vorläufig keine Abrüstung Oesterreichs.

Der gemeinsame Ministerrat in Wien, von dessen Tagung wir Mitteilung machten, begann mit einer Darstellung der äußeren Lage durch den Grafen Berchtold, die, wenn auch die Hoffnung auf eine friedliche Lösung aller schwebenden Probleme besteht, doch eine Verminderung der getroffenen militärischen Maßnahmen derzeit nicht gestattet. Die für diese Maßnahmen bisher aufgewendeten Kosten belaufen sich auf mehr als 300 Millionen Kronen und erfordern noch allmonatlich einen Betrag von 11 Millionen Kronen. Der Kriegsminister hat in der Konferenz auf die Notwendigkeit neuer größerer militärischer Aufwendungen für die nächste Zeit hingewiesen. Den breitesten Raum der Beratungen nahmen die Fragen der Neuregelung der Handelsbeziehungen zu den Balkanstaaten ein. Diese Fragen sind zum größten Teil Verkehrsfragen. Oesterreich-Ungarn beabsichtigt, die Freiheit seiner Handelswege nach dem Balkan vertragsmäßig von den Balkanstaaten zu fordern. Die Beratungen gelangten nicht zum Abschlusse.

Das Handschreiben des Zaren.

Zu der im Dienstag-Morgenblatt mitgeteilten französischen Meldung über die Kürze des Antwortschreibens des Zaren an Kaiser Franz Joseph schreibt der „B. L.-A.": „Es erscheint durchaus unglaubhaft, daß die Form, in der Kaiser Nikolaus das Handschreiben des greisen Monarchen beantwortet hat, irgendwie von den Gepflogenheiten höfischer Courtoisie abgewichen sein könnte. Man wird sich vor allem vergegenwärtigen müssen, daß derartige Handschreiben schwerlich früher zur Absendung gelangen, bevor nicht unzweifelhaft festgestellt worden ist, in welchem Sinne die Antwort ausfallen wird. So wird man wohl auch in diesem Falle kaum fehlgehen, daß man sich in Wien bereits vor der Abreise des Prinzen Hohenlohe über den Inhalt der aus Petersburg zu erwartenden Antwort so weit vergewissert hatte, daß einer unbefriedigenden Antwort keinesfalls entgegenzusehen war. Was übrigens die erwähnte Information der „Agence Havas" anbetrifft, so